



**Anton Pelinka. Die unheilige Allianz.
Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa**
Böhlau Verlag 2015

**Buchpräsentation am 18.05.2015
Grillparzerhaus, Johannesgasse 6, 1010 Wien**

(Transkript)

Diskussionsrunde mit Prof. Anton Pelinka, Dr. Hannes Androsch und Fürst Karl zu Schwarzenberg,
Moderation Dr. Peter Huemer

Die extremen Linken und die extremen Rechten sind einander in manchen Anliegen näher, als ihnen lieb sein kann. Wo sie einander bekämpfen oder in Gegnerschaft zur EU stehen, erzielen sie doch immer wieder unbeabsichtigt gemeinsame tagespolitische Erfolge. In seinem neuen Buch erklärt Anton Pelinka, warum dies so ist und welche Auswirkungen dies auf die Europäische Union hat.

Dr. Lutz Musner, Direktor des Grillparzerhauses: Es ist mir ein großes Vergnügen, weil auch ein langjähriger Freund am Podium sitzt, Anton Pelinka, Sie zu dieser Buchpräsentation begrüßen zu dürfen in den neuen Räumlichkeiten des Staatsarchivs, frisch renoviert, und das ist die dritte Buchpräsentation und die hochrangigste. Ich brauche das Podium fast nicht vorzustellen und mache es ganz altmodisch. Prof. Anton Pelinka, Central European University in Budapest, Dr. Hannes Androsch, Industrieller – braucht man nicht vorzustellen – und Fürst Karl zu Schwarzenberg, Moderation Dr. Peter Huemer. Ich wünsche allen einen sehr interessanten und spannenden Abend. Danke.

Peter Huemer: Einen schönen guten Abend. [...] Die Vorstellung des Ablaufs ist die: Pelinka wird etwa zehn Minuten über das Buch referieren und seinen Inhalt in Strukturen wiedergeben, dann jeweils fünf Minuten dazu Replik von Schwarzenberg und Androsch. Und anschließend gibt es ein Gespräch zu dritt am Podium – das zwar kein Podium ist, aber halt da vorn. Und dann freuen wir uns an Ihrer Teilnahme, also Teilnahme des Auditoriums am allgemeinen Gespräch. Bitte.

Anton Pelinka: Danke allen fürs Kommen, insbesondere den Herren am Podium, das keines ist. Kurz zum Hintergrund des Buches. Es ist übrigens auch entstanden in einem (*unverständlich*) zumindest die ersten Schritte, die ich am IFK verbracht habe 2012/13, und im Sommer 2014 im Wesentlichen

geschrieben worden. Der Hintergrund ist eine Beobachtung, dass in bestimmten entscheidenden Fragen die sich verbal extrem bekämpfenden Gruppierungen rechts und links vom europäischen Mainstream einig sind. Wobei ich nicht behaupte, dass das eine abgesprochene Einigkeit ist. Ich setze die beiden auch gar nicht substantiell gleich, aber das Verhalten, wenn es um die europäische Integration geht oder wenn es um die Vertiefung der Europäischen Union geht, ist de facto im Gleichklang. Und das geht zurück auf die Anfänge der europäischen Integration. Es gab die Niederlage in der französischen Nationalversammlung bezüglich des europäischen Verteidigungsvertrages, der uns eine Europa-Armee gebracht hat, die jetzt wieder diskutiert wird. Diese Niederlage ist zustande gekommen, nachdem eine Koalitionsregierung der Mitte die Unterschrift für die französische Republik schon geleistet hat, ist durch das Zusammenspiel von Kommunisten und Nationalisten – zu denen damals noch die Gaullisten gehört haben, vor deren Bekehrung zu bekennenden und praktizierenden Europäern – der europäische Verteidigungsvertrag nicht ratifiziert worden – Vorgriff schon mit 2005 der europäische Verfassungsvertrag durch eine aus meiner Sicht schlecht organisierte Volksabstimmung unter Jacques Girac ist ebenfalls – da gibt es genaue Zahlen durch Public-Opinion Polls – die extreme Linke und die extreme Rechte haben den europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich blockiert. Es ist zwar dann der Vertrag von Lissabon gekommen, der substantiell und besser vorbereitet, was die Implementierung betrifft, im Wesentlichen das an Funktionen bringt, was der Verfassungsvertrag schon erreicht hätte.

Das ist einmal die Beobachtung. Man könnte das fortsetzen, etwa die griechische Regierung, die aus einer – ich nenne sie vorsichtig – linkspopulistisch-linksozialistischen Partei und einer rechtspopulistisch-nationalistischen Partei besteht, über die Einstellung der so genannten Putin-Versteher – da kann man FPÖ-Politiker ebenso antreffen wie Sowjetunion-Nostalgiker. Diese Allianz gibt es also immer wieder.

Und noch einmal: Das ist nicht eine Verschwörung, die dahintersteht, sondern – und das versuchte ich in meinem Buch klarzumachen – es hat tiefere Hintergründe. Die treffen sich nicht, die sprechen sich nicht ab. Es gibt keine Verschwörung – ja, das gibt's schon natürlich, wenn Putin den Front National finanziert und wenn hier Marine Le Pen den Sieg von Syriza lobt in Griechenland. Aber ich behaupte, es gibt jedenfalls keine programmatischen Absprachen, keine strategischen Absprachen, sondern das passiert einfach. Und der Hintergrund, den habe ich versucht auszuleuchten, ist eben die Gegnerschaft zu dem Grundprogramm der europäischen Integration, nämlich die Nationalismen zu überwinden, zu zähmen, ein neues Europa zu schaffen, nicht die Wiederkehr eines alten Europa, kein Heiliges Römisches Reich – dass also hier diese Programmatik von den Nationalisten logischerweise abgelehnt wird. Es ist ja ganz eindeutig, dass die Aufhebung von Teilen der nationalen Souveränität von traditionellen Nationalisten nicht akzeptiert werden kann.

Aber die Linksextremen – das sage ich jetzt in Bezug auf die fraktionelle Gliederung des Europäischen Parlaments, das habe ich auch versucht auszuführen – das ist die Linksfraktion, da sind die letzten Kommunisten dabei, aber auch die Syriza und die noch nicht zu einer Fraktionsgemeinschaft organisierten Rechtspopulisten von Marine Le Pen bis Heinz-Christian Strache. Diese Parteien, so definiert, haben opponiert gegen ein Europa, das immer ein Projekt der politischen Mitte war. Die christdemokratisch-konservative Politik von Robert Schuman, aber auch die sozialdemokratischen Politiker wie (*unverständlich*), aber auch Liberale und seit 15, 20 Jahren aktuelle Politiker stehen für den proeuropäischen Mainstream. Und die haben ein klares Verständnis, dass

Europa entscheidend ist, die Einigung Europas entscheidend ist, die Europäische Union entscheidend ist für die Fortführung eines Friedensprojektes, für die Fortführung eines Programms der Überwindung der Nationalismen.

Für mich ist sozusagen ein wenig schmerzlicher gewesen die Kritik an der extremen Linken, weil da habe ich sozusagen im Prinzip mehr Verständnis. Bei der extremen Rechten fehlt mir von vornherein jedes Verständnis. Aber die extreme Linke hat Schwierigkeiten mit der liberalen Demokratie, wie sie die Grundlage der EU ist – Stichwort Kopenhagener Kriterien. Die extreme Linke hat extreme Vorstellungen, was die wünschenswerte Seite einer perfekten Union ist, die gleichsam den sozialen Wohlfahrtsstaat sofort umsetzt. Die extreme Linke bekämpft immer wieder, dass die Europäische Union ein Politikfeld ist. Und wenn man die politischen Inhalte und die politischen Entscheidungen in diesem Politikfeld verändern will, dann muss man zunächst das Feld stärken. Und das ist offenkundig für die linkssozialistisch-kommunistische, linkspopulistische Linke – eben in einer Fraktion links von der Sozialdemokratie im Europäischen Parlament – bisher nicht möglich gewesen. Und das hat eine lange Vorgeschichte. Man versucht auch Parallelen zwischen Lenin und Goebbels, was das Schimpfen betrifft. Eigentlich rückblickend – ich war nie Leninist, aber ich habe auch bei der Lektüre von Lenins Werken nicht verstanden, warum er manchen noch immer als großer Theoretiker gilt. Das ist ein Polemiker gewesen, der insbesondere die Sozialdemokratie – Karl Kautsky war ihm überhaupt nur Schimpfkanonaden wert – also es beginnt eigentlich schon dort, wo die Spaltung der bis 1914 geeinten sozialistisch-sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einsetzt.

Und das ist der Brückenschlag zwischen den Linken, denen die europäische Union nicht perfekt genug ist, und den extremen Rechten, denen die Europäische Union von vornherein ein Ärgernis ist. Und das habe ich versucht zu beschreiben und zu erklären. Und aktuelle Hinweise werden wir in der Tagespolitik auf europäischer Ebene immer wieder finden. Danke.

Peter Huemer: Jetzt bin ich neugierig, ob es Ansätze eines Widerspruchs zu diesem Buch gibt. Bitte.

Karl zu Schwarzenberg: Widerspruch weniger. Ich würde eher sagen, es gibt Bücher, die einen erfreuen, es gibt Bücher, die einen unterhalten, und Bücher, die absolut notwendig sind. Dieses Buch ist heute absolut notwendig. Weil wenn man in der europäischen Politik ein bisschen tätig war oder auch immer ist, dann ist diese neue Allianz viel stärker und bemerkenswerter als man glaubt. Und sie kooperieren schon durchaus bewusst. Das, was in dem Buch beschrieben wird, das sind zwar beide gegen die Mitte, beide gegen die Vereinigung Europas, aber wo sie sich einander beschimpft haben, die Zeiten sind vorbei. Sie beschimpfen sich nicht mehr, die extreme Linke und die extreme Rechte. Im Gegenteil, sie kooperieren.

Jetzt hat mir ein Bekannter erzählt, dass er im Europaparlament in Brüssel war (*unverständlich*) und am intelligentesten die kommunistischen Europa-Abgeordneten mit einer litauischen Europaabgeordneten, die einer russischen Minderheit angehört und so also durchaus als Sowjetabgeordnete bezeichnet werden kann. Wie die sich dort gemeinsam besprechen, wie man gegen die amerikanische Vormacht usw. arbeiten könnte.

Die Pilgerfahrten, die Sie erwähnt haben, von Le Pen und Strache tutti quanti nach Moskau, die gehen intensiv. Und ich kann Ihnen versichern, dass die Pilgerfahrten wie bei jeder Pilgerfahrt – ist Grund ist weniger die Freisprechung von Sünden, aber es wird materielle Zuwendungen, propagandistische

Zuwendungen usw. geben. Und löblicherweise macht Wladimir Putin da keinen Unterschied, ob das auch Kommunisten oder eigentlich Faschistoide sind. Wer heute (*unverständlich*) der ist gut. Und sie sind wie immer voller Bewunderung für den großen Führer. (*unverständlich*) Und ich bin überzeugt, da gibt es schon viele konkrete Absprachen über dieses Dreiecksverhältnis, und es funktioniert hervorragend.

Das Beunruhigende ist doch weiter, dass diese Propaganda nicht nur jetzt die Extremen ergreift, sondern es auch zum Beispiel sehr konservative, bis jetzt als seriös geltende Kreise gibt. Wobei Putin da wirklich hochintelligent ist, wie immer. Wenn ich die Putinsche Propaganda vergleiche mit der etwas plumpen sowjetischen Propaganda zu Breschnews Zeiten, da gibt es bei Gott einen Unterschied. Ich nenne Ihnen ein Beispiel (*unverständlich*) Es gibt seit Jahr und Tag in Europa den Katholischen Familienkongress, der sich alle zwei Jahre irgendwo trifft. Da wird also die klassische Familie (*unverständlich*) Gut, das trifft sich alle zwei Jahre, lauter liebe Leute, brave Leute (*unverständlich*) Umso stärker mein Erstaunen, als ich festgestellt habe, dass dieser Kongress voriges Jahr in Petersburg eingeladen war und dort groß gefeiert worden ist. (*unverständlich*) heute begeistert von Putin sind. Leute, wo ich vor drei Jahren nicht geglaubt hätte, dass sie dem überhaupt (*unverständlich*) Nein, der Verteidiger der traditionellen Werte – Sie sehen ja auch Putin auf den Fotos in der Kirche mit dem Patriarchen usw. Und zum Beispiel sein wütender Kampf gegen die Homosexuellen in Russland. (*unverständlich*) aber er weiß, dass er mit diesen in den konservativen Kreisen in Europa, aber auch in Amerika Punkte gewinnt. Also wir sind hier wirklich in einer erstaunlich neuen Situation und wir müssen uns bewusst sein: Diese ist nun mal wirklich gefährlich. Bei allen verständlichen Sympathien für die Linke (*unverständlich*) waren die Überreste der kommunistischen Partei, Nostalgiker nach der großen (*unverständlich*) Das war nicht gefährlich. Aber das ist etwas Neues und hat in erstaunlichem Ausmaß auch auf der linken Seite bei erstaunlich vielen Leuten Erfolg. Also wir müssen uns gewärtigen, a) dass diese beiden Extreme bis ganz weit extrem auf beiden Seiten fröhlich zusammenarbeiten, fröhlich das gemeinsame Ziel haben, Europa (*unverständlich*) die Vereinigten Staaten so weit wie möglich aus Europa herauszutreiben. Das ist deren Ziel. Und dass sie hervorragend beraten, finanziert und organisiert werden. Das ist die Situation, die wir heute haben.

Wobei – ich meine, der Aufstieg dieser Extremparteien (*unverständlich*) Ich gebe es ganz offen zu. Weil die Tatsache, dass die großen demokratischen Parteien – wurscht ob sozialdemokratisch oder christlich-demokratisch geprägt – ihre eigenen Überzeugungen nicht mehr leben – bitte, die christlich-demokratische Partei in Deutschland ist in Wirklichkeit Wirtschaftspartei geworden und hat sich lang verabschiedet von der christlichen Soziallehre. Und um die Wahrheit zu sagen, bei allem Respekt vor anwesenden Sozialdemokraten, wenn Sie nicht in dieser Gemeinschaft der Parteien (*unverständlich*) kümmert sich heute auch kein Schwein um Sie, wie wir bei vielen Sachen beobachten können. Nur der Organisierte wird unterstützt.

Und wenn wir die Typen der europäischen Politiker betrachten (*unverständlich, Diskussion im Auditorium*)

Peter Huemer: Ich glaube, wir sollten uns jetzt darauf einigen, die Handys bitte alle abzustellen – und zwar jetzt alle auf einmal.

Karl zu Schwarzenberg: Die Politiker (*unverständlich*) die meisten so genannten konservativen christlichen Volksparteien (*unverständlich*) die meisten sozialdemokratischen Politiker auch einen Konservativplan. Das ist durchaus (*unverständlich*) Und dass das natürlich die Wählerinnen und Wähler und insbesondere die Jugend langweilt, wenn ihnen nicht einmal eine Alternative angeboten wird, sondern die einen sind leicht rot und die anderen leicht blau angestrichen, aber inhaltlich dasselbe. Und Parteien heute, wie wir festgestellt haben (*unverständlich*) der letzte Premier, der fähig war vor jetzt schon mehr als zehn Jahren, war der sozialdemokratische (*unverständlich*) Und unterdessen ist keine reformfähige Regierung in diesem Europa gewesen. Auch das – glauben Sie nicht, dass das die jungen Leute nicht merken, dass sie einem Politschauspiel zuschauen müssen, wo nicht mehr ernsthaft Politik gemacht wird? Und dann wundern wir uns, wenn sie dann sagen, diese Parteien sagen uns nichts mehr, versuchen wir etwas völlig anderes. Und da sind natürlich (*unverständlich*)

Wobei das einzig Beruhigende ist: Sie glauben an ihre eigenen Ideale ja auch nicht. Erinnern wir uns an einen genialen Populisten, unseren Dr. Haider, der sehr begabt war, aber wer die Politik damals vor 25 Jahren – ein Vierteljahrhundert – beobachtet hat, weiß, wie Dr. Haider über Nacht gewechselt hat vom Deutschnationalen zum österreichischen Nationalen. Das ist innerhalb einer Woche passiert. Und weiter, als er festgestellt hat Anfang der 90er-Jahre (*unverständlich*) dass wir uns der EWG anschließen sollen usw., wie er festgestellt hat, dass die großen demokratischen Parteien dafür sind, hat er mit Recht gesagt als Dritter (*unverständlich*) und war ab da der große Gegner der Europäischen Union. Also auch diese Nationalführer – wir glauben nicht mehr, wir haben nicht mehr den Kampf, den wir noch in unserer Jugend geschweige denn vorher gehabt haben, wo die Leute für ihre Überzeugung eingestanden sind. Nein, das ist vorbei. Wir spielen Theater der Überzeugung.

Dr. Hannes Androsch: In einem seiner Bücher berichtet Helmut Schmidt von einem Gespräch, in dem er die Äußerungen seines Gesprächspartners wie folgt wiedergibt: „Falls Europa in den nächsten zehn Jahren noch immer unfähig bleibt, sich politisch, wirtschaftlich und militärisch zu vereinen, wird es leiden. Die Europäer müssen lernen, sich auf sich selbst und nicht auf Amerika zu verlassen.“ – Das Gespräch fand am 31. Oktober 1975 – so gesehen auch ein Jubiläum – statt und sein Gesprächspartner war Mao Zedong. Man muss kein Maoist sein, um aus heutiger Sicht diese Worte als prophetisch zu bezeichnen. Damals herrschte noch sozusagen die besorgniserregende Gewissheit des Kalten Krieges der zweitgeteilten Welt. Die Gewissheit ist uns längst verloren gegangen. Wir haben eine Art Multipolarität ohne Ordnungskriterien. Und in dieser Multipolarität spielt Europa die geringste Rolle, obwohl es am meisten betroffen ist – betroffen durch die hohe Arbeitslosigkeit, in manchen Ländern bis 50 Prozent, betroffen durch die längst noch nicht bewältigte Finanzkrise des Jahres '07/'08, das ist der wirtschaftliche Teil, vom Budget und Finanzierung der Sozialstaatlichkeit ganz zu schweigen, aber vor allem betroffen von den Unruheherden, um es camouflierend zu formulieren, die an unseren Grenzen gelegen sind, von der Krim und der Ostukraine in den Nahen und Mittleren Osten bis nach Nordafrika (*unverständlich*) wenn nichts anderes, so die ganze Migrations-, Flüchtlings-, Asylantendebatte, und die Debatte ist in einer hilflosen Weise geführt. Es ist ganz offensichtlich, dass wir längst schon mehr EU gebraucht hätten, aber nicht haben, um diesen Herausforderungen zu begegnen, wirksam und erfolgreich. Denn die genannten Brandherde – ich erwähnte sie nicht in der Nachbarschaft der Vereinigten Staaten, nur zum Teil in der von Russland

und sehr weit weg von China, und im amerikanischen Rebalancing ist das pazifische Jahrhundert ausgerufen, nicht die (*unverständlich*) des amerikanischen und noch weniger natürlich eines neuen chinesischen, aber jedenfalls ein Jahrhundert der weiteren Bedeutungslosigkeit und Bedeutungsminde rung Europas.

Nun ist das Verdienst von Anton Pelinka, dass er das in höchst professioneller Weise verdienstvoll aufarbeitet und darstellt. Es liest sich dann stellenweise wie ein tragischer Krimi. Die Analyse kann man teilen. Hinzufügen möchte ich nur – Fürst Schwarzenberg hat das schon erwähnt – das ist aber auch die Schuld der Mainstream-Gruppierungen, weil sie ihre Wählerschaften nicht immunisiert haben. Es ist einfach lächerlich, wenn man bei den Ratssitzungen der Staats- und Regierungschefs was vereinbart bzw. es vorantreiben hat lassen und dann zugestimmt hat, um dann nach Hause zu fahren und dagegen zu wettern. Also eine Propagierung des Projekts Europa, das von allem Anfang mit Unterstützung der Amerikaner ein Friedensprojekt war und wohl auch ein erfolgreiches Wirtschaftsprojekt gewesen ist – Egon Bahr hat das sehr schön formuliert mit der Bemerkung: Europa ist wie Phönix aus der Asche aufgestiegen und zu einem ökonomischen Riesen geworden, politisch aber ein Zwerg geblieben und militärisch überhaupt nur ein Wurm.

Und das ist unsere Problematik, und die trifft uns jetzt in diesem neuen Umfeld – ohne das jetzt noch weiter ausführen zu wollen, weil es so offensichtlich ist – also mehrfach am falschen Fuß. Und wir sind hilflos gegenüber den Folgen – ich habe das mit Migration und Asylanten und Ähnlichem erwähnt. Ich meine, den Gaddafi haben wir beseitigt, um jetzt gegen die durch das offene Tor Kommenden zu reagieren, dass er gemessen daran wie ein Humanist im Rückspiegel ausschaut. Also dass wir da unseren Werten gefolgt wären oder folgen, wird man schwerlich behaupten können.

Und es wird endlich Zeit zu begreifen, dass das Wort von Mark Twain mehr als Gültigkeit für Europa hat: „Either we hang together or we will hang separately.“

Peter Huemer: Danke. Auf die Flüchtlingsfrage sollte wir dann auf jeden Fall noch kommen. Aber ich möchte anfangen mit einem Schlüsselsatz aus dem Buch – Schlüsselsatz insofern, als er eine zentrale Botschaft beinhaltet, die in verschiedenen Formulierungen immer wieder auftaucht, und der lautet:

Die europäische Union wird nicht als Chance wahrgenommen, der durch die Globalisierung entstandenen Herausforderung für die nationalen Wohlfahrtsstaaten mit einer transnationalen Strategie zu begegnen.

Nun ist offensichtlich, dass wenn es eine Chance gibt, der Globalisierung sozialstaatlich und sozialpartnerschaftlich mit einer Strategie zu begegnen, das nur im Rahmen der EU passieren kann. Es findet aber nicht statt, wie Pelinka zu Recht sagt. Und meine Frage ist jetzt: Warum? Ist es Verblendung, ist es Hetze? Und wie weit liegt es an der Politik respektive Glaubwürdigkeit der EU? Es sind sicherlich alle Faktoren, die zusammenkommen, das da wüsste ich gern ein bisschen, wie groß ist der Hetzfaktor und wie groß ist das Verschulden der europäischen Politik, weil sie in dem Zusammenhang zu wenig Glaubwürdigkeit hat.

Anton Pelinka: Also ich würde den Begriff EU jetzt differenzieren. Es ist Schuld des Europäischen Rates und des EU-Rates, wo die nationalen Regierungsvertreter zusammensitzen und ein nachvollziehbares Interesse haben, nichts von ihrer Kompetenz auf die europäische Ebene zu heben.

Es ist nicht Schuld des Europäischen Parlaments, es ist nicht Schuld der Europäischen Kommission. Das heißt, die Europäische Union hat ein Dilemma, dass sie ein Stückchen Bundesstaat ist, wie es sich im Parlament ausdrückt, auch in der Kommission, die ja eigentlich eine Regierung ist, nur dass halt die Außenkommissare nicht Minister heißen, um die Briten nicht zu beunruhigen. Aber der Europäische Rat, wo eben die 28 zusammensitzen, ist primär von innenpolitischem Kalkül der 28 bestimmt. Die denken an die nächsten Wahlen, und sei es auch nur die nächste Wahl im Burgenland. Das heißt, hier ist europäisches Denken strukturell drittrangig gegenüber dem nationalen Denken. Und das bedeutet letztlich, ein Fortschritt kann nur passieren durch ein Zurückschrauben der Bedeutung des Europäischen Rates, weil hier nationalstaatliche Interessen auf europäische Interessen stoßen. Und das ist in diesem Sinne, wenn der Europäische Rat für die EU steht, Mitschuld der EU.

Peter Huemer: Das heißt aber, wenn wir über Defizit oder Ohnmacht der europäischen Politik – jetzt der EU-Politik – sprechen, dann liegt die Bedrohung letztlich doch weniger in der Vereinigung von Linksextremen und Rechtsextremen, die man durchaus ernstnehmen soll, sondern die größere Bedrohung liegt durchaus bei den Regierungschefs, den Außenministern, den Finanzministern usw. Herr Außenminister.

Karl zu Schwarzenberg: Ich würde es nicht so formulieren, weil auch der Anton Pelinka hat ja gesagt, der Europäische Rat ist ein Bremser, aber nicht ein Zerstörer. Das sollen wir doch wohl unterscheiden von gewissen rechtsextremen Gruppen, das sind Zerstörer, die wollen Europa zerstören. Keine Führung dieser Welt – ich habe noch keine getroffen – will eigene Vollmachten abgeben und sich selber schwächen zu Gunsten eines Dritten. Das gibt es nicht.

Aber ich würde sagen, es gäbe Möglichkeiten, durchaus fortzuschreiten. Wenn man einmal statt (*unverständlich*) mal ins Konkrete geht. Wir dürfen nicht vergessen, im Laufe der Entwicklung der EU, die ja am Anfang, als die ganze Wirtschaftsgemeinschaft entstanden ist, wahrlich wenig Vollmachten gehabt hat, so haben sie eigentlich bis in die 90er-Jahre, sogar bis Anfang dieses Jahrtausends und Jahrhunderts sämtliche Vollmachten angesammelt, die sie nur haben konnten. Aus eigener Initiative, dann teilweise, weil die Regierungen es ihnen übergeben haben, weil es ihnen lästig war, sich damit zu beschäftigen usw. Und heute haben wir den Stand, dass die Europäische Union eine Menge Vollmachten hat, die sie nicht braucht und die in Wirklichkeit eher hinderlich sind und sie unpopulär machen, und die Kernvollmachten, die sie brauchen würde – Außen- und Sicherheitspolitik, Energiepolitik etc. – nicht hat.

Nun hat – obwohl ich sonst mit seinen politischen Aussagen selten einverstanden war – aber der ehemalige bayrische Ministerpräsident Steuber hat einmal etwas sehr Wichtiges gesagt, man müsste in der EU klar einmal festlegen, was sind Bundeskompetenzen, was sind nationale Kompetenzen und regionale Kompetenzen. Wobei (*unverständlich*) Ich gebe ein typisches Beispiel aus dem Naturschutz. Es gibt bekanntermaßen das europäische Natura-Programm, wo gewisse Gebiete bei uns in den Alpen und so ausgewiesen werden und unter besonderen Naturschutz gestellt werden, was aber für die Bewohner dieses Landes manchmal eine ziemliche Belastung bedeutet. Die europäischen Regierungen, auch die österreichische, haben die Belastung gescheut, ihre eigenen Wähler mit dem zu konfrontieren, und haben also mit Freude diese Kompetenz nach Brüssel delegiert. Wenn in der Folge irgendwo in Rauris oder in den Hohen Tauern oder auch in Wachau plötzlich so ein Gebiet

ausgewiesen wird, ohne dass aber vorher mit den Betroffenen gesprochen wird, das wird über deren Kopf Brüssel entschieden, es sind *(unverständlich)* Damen und Herren in Brüssel, die von dort bestimmen, welches Gebiet in Österreich, Bayern, Böhmen oder was immer zur Natura gehört *(unverständlich)* Wogegen es eine typische Sache wäre *(unverständlich)* im örtlichen Landtag *(unverständlich)* ob Obstaustrich heute doch Marillenmarmelade genannt werden soll oder nicht. Diese ganzen Blödsinne habe ich vorausgesagt, die die Europäische Union belasten, die ja den Bürger entfremden. Da müsste man einmal eine gewaltige Durchforstung machen, einmal schauen, was wirklich notwendig ist, das Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen, was wirklich notwendig auf föderaler Ebene entschieden wird, was auf staatlicher, was regional.

Solange da ein Durcheinander herrscht, können wir verstehen, dass der einzelne Bürger angefressen ist, wenn über ihn völlig unbekannte *(unverständlich)* in Brüssel entschieden wird. Die Amerikaner, die ja weiser sind in der Politik als wir, haben ja sehr wohl die Kompetenzen zwischen Staaten und Union getrennt. Die waren sogar so intelligent, dass in den *(unverständlich)* wo es keine Staaten gab *(unverständlich)* das mit dem Lineal aufgezeichnet hat *(unverständlich)* 50 oder wie viele amerikanische Staaten geschaffen haben, weil sie gewusst haben, mit einer zu großen Zentrale für ein zu großes Gebiet kann das nicht funktionieren. Aber sie haben – wie auch in der Schweiz in den Kantonen – sorgfältig und vernünftig getrennte Kompetenzen. Das ist in der EU nicht gelungen. *(unverständlich)* Und da wäre es aber möglich, einen Abtausch mit nationalen Regierungen und Parlamenten zustande zu bringen. Man könnte ihnen Kompetenzen zurückgeben, wogegen wirklich Schlüsselfragen, die wir nur gemeinsam gestalten – Finanzen, Sicherheit, Außenpolitik usw. – da könnten wir die wichtigen Kompetenzen als föderale *(unverständlich)*

Peter Huemer: Jetzt gibt es aber die Kritik von linker und soll sein auch linksextremer Seite, dass es kein Zufall sei, dass die EU sich wesentlich schwerer tut, in der Bankenkrise irgendwas durchzusetzen, als bei der Vereinheitlichung der Stecker für Handyauf Ladegeräte – was durchaus vernünftig ist – oder bei der Reglementierung von Wirtshausspeisekarten. Und dass das eine und das andere abgegeben werden kann, ist schon klar. Dass aber in den zentralen Fragen, vor allem in ökonomisch zentralen Fragen, die EU sich so wahnsinnig schwer tut, überhaupt irgendwas regeln zu wollen, das sagt uns die *(unverständlich)*, ist kein Zufall. Das ist ein zentraler Vorwurf, der in diesem Zusammenhang kommt.

Dr. Hannes Androsch: Der Vorwurf stimmt insoweit, als man richtigerweise – nachdem man durchaus erfolgreich und unter maßgeblicher britischer Handschrift, zuständig war nämlich Lord Cofield als Stellvertreter vom Delors – den Binnenmarkt geschaffen hat und der sich gut entwickelt hat, ohne auch schon wirklich vollständig zu sein, aber immerhin man in weiterer Folge im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zwar nicht die Kraft hatte, einen politischen Unionsrahmen zu schaffen und gemeint, man werde das über den Königsweg einer gemeinsamen Währung jedenfalls für einige zustande bringen. Und eine gemeinsame Währung passt sinnvollerweise auch zu einem gemeinsamen Markt, aus vielen sehr praktischen Gründen.

Was man nicht gemacht hat – und die Maastricht-Kriterien sind ja eine hilflose Krücke, das war von allem Anfang an voraussehbar, jetzt hintennach klug gemacht – einen entsprechenden institutionellen und regulativen Rahmen zu schaffen. Das heißt, wir hatten eine gemeinsame Währung, aber wir

hatten nationale Banken und Aufsichten und Regulierungen, die aber transnational oder global agiert haben, die riesige Risiken außerhalb der nationalen Zuständigkeitsgrenzen eingegangen sind, aber das Risiko dann zurückschlägt auf den Nationalstaat, der zugelassen hat, dass man riesige Exposures eingegangen ist, Klumpenrisiken, wenn Sie so wollen, und wenn die dann schlagend werden, ist die Hypo Alpe Adria nur die Spitze von einem Eisberg. Ich will Ihnen da keinen Schrecken einjagen, aber das ist das Faktum. So viel dazu, diese Unvollständigkeit.

Die noch größere ist die fehlende gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik. Und das hängt mit etwas anderem zusammen. Durchaus mit Unterstützung der Amerikaner und aus eigener Initiative hat man ein Vernunftprojekt geschaffen, und das war durchaus erfolgreich, aber nicht vollständig und ist nicht weit genug geführt, um den jetzigen Herausforderungen Genüge zu tun. Aber es ist nie ein Projekt des Herzens und der Gefühle geworden. Und das hat ein Vakuum geschaffen, in dem dann die von Anton so penibel beschriebenen extremen Gruppen ein Spielfeld eröffnet haben, weil die Träger des Projektes das leider verabsäumt haben. Und da haben wir einen riesigen Nachholbedarf. Und da geht's uns so wie den Italienern nach ihrer Einigung im 19. Jahrhundert, wo es hieß, jetzt haben wir Italien geschaffen, jetzt müssen wir dann noch Italiener schaffen. Wir haben nicht in gleichem Maße Europa geschaffen, aber noch sehr viel weniger Europäer geschaffen.

Peter Huemer: Jetzt möchte ich aber einen Augenblick verharren und beginnen mit einem Zitat Pelinka:

Die sich abzeichnende Schwächung des für das westliche Europa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so typischen Modells des demokratischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates ist nicht das Resultat gezielter Politik, sondern das Ergebnis abnehmender Politikfähigkeit.

Das mit der abnehmenden Politikfähigkeit ist ganz eindeutig evident. Gleichzeitig aber frage ich mich, ist es nicht doch das Ergebnis einer gezielten Politik – nämlich ganz massiver ökonomischer Interessen – die politisch gerade angesichts der Ohnmacht dessen, was wir als traditionelle Politik bezeichnen, immer klarer geworden ist. Und da geht es dann schon konkret auch um die EU. Wir alle haben diese Berichte gehört und gelesen von Vorschlägen, die von Industrie- oder Bank- oder Handelslobbys kommen und die dann 1:1 in Brüssel zum Vorschlag gemacht werden und ähnliche Dinge. Das heißt, dass es da eine Querverbindung gibt, die ein enormes Misstrauen geschaffen hat. Und wenn wir lesen, dass in Griechenland die Renten weiter reduziert werden sollen, nicht aber in erkennbarem Ausmaß die völlig absurden Rüstungsausgaben, weil da nämlich die deutsche Rüstungsindustrie massive Interessen in Griechenland hat, dann sind das alles Faktoren, die massives Misstrauen schaffen, was ich aber nicht als linksextrem bezeichnen würde, sondern das auch von Leuten wie mir, die 100prozentig auf dieses europäische Projekt hoffen, getragen wird und die sagen, da gibt es aber schon schwere Defizite – schwere Defizite, die man auch ansprechen muss und die jetzt unabhängig von den linksextremen und rechtsextremen Gruppen sind und man gerade den Rechtsextremen am meisten begegnen könnte mit einem Sozialstaatsprojekt, das sich natürlich ändern muss, das (*unverständlich*) funktioniert hat und das da eine Reminiszenz der Rechtsradikalen ist, was nicht mehr in der Form geht. Aber jedenfalls ein gezieltes europäisches Interesse in diese Richtung, um dieser rechtsradikalen widerlichen Propaganda und Hetze ein wenig das Wasser abzugraben.

Anton Pelinka: Ich stimme in einem Punkt dir nicht zu. Um die extremen Rüstungsausgaben Griechenlands zu kritisieren und zu analysieren, braucht man nicht die deutsche Rüstungsindustrie als Schuldigen zu nennen. Das ist griechische Politik, das ist antitürkisches Ressentiment, das ausgebeutet in Griechenland. Ob deutsche Rüstungsindustrie oder amerikanische Rüstungsindustrie, ist sekundär.

Peter Huemer: Aber sie schreiben ihnen so viel vor. Warum schreiben sie ihnen nicht vor –

Anton Pelinka: Ja, ich bin ja dafür, dass man ihnen was anderes vorschreibt. Ich bin überhaupt nicht dafür, was die Inhalte der Troika ausmachen. Die Troika, die jetzt nicht mehr Troika heißt, sondern Institution – was absurd ist. Das hat damit zu tun, dass die griechische Politik sich in eine derartige Sackgasse begeben hat. Und man kann nicht Geld von jemandem borgen und dann den, von dem man es geborgt hat, beschimpfen, dass er die Rückzahlung verlangt. Das heißt, ich sehe hier ein Problem, das aber nicht ein spezifisch europäisches ist, sondern es gibt ökonomische Interessen. Man muss kein Marxist sein, um zu sagen, ökonomische Interessen wird's immer geben, die organisieren sich auch, die werden auch das bilden, was man Lobby nennt. Und früher als eine Gegenbewegung, eine Gegenmacht, gab es die nationalen Gewerkschaften. Und die Frage ist, warum sind heute die nationalen Gewerkschaften nicht mehr im gleichen Ausmaß Gegenmacht – was zur Sozialpartnerschaft, zum Sozialmodell führt? Weil auch die Gewerkschaften in einem strukturellen Dilemma sind. Sie müssten eigentlich verteidigen relativ privilegierte Arbeitnehmer gegen relativ unterprivilegierte (*unverständlich*)

Dr. Hannes Androsch: Darf ich etwas (*unverständlich*) deiner Feststellungen beitragen. Es ist unbestritten, dass der Wohlfahrtsstaat eine der größten Errungenschaften des vorigen Jahrhunderts ist, aber ebenso unbestritten ist, dass Europa vom Wohlfahrtsstaat der ganzen Welt, von der Sozialstaatlichkeit der ganzen Welt und ihren Kosten 50 Prozent konsumiert und nicht in der Lage ist, es zu erwirtschaften. Das ist mit ein Grund für die Budgetmiseren in den meisten Ländern – übrigens ganz wesentlich auch bei uns, nicht berücksichtigend die demografischen Veränderungen einer alternden Gesellschaft, und umso mehr, als es uns an vergleichbarer Dynamik etwa im Innovationsbereich im Vergleich zu den Amerikanern oder Japanern oder Singapur oder anderen aufstrebenden Ländern ist. Schauen Sie sich an, die Forschungsförderung der nächsten Jahre in der EU sind 80 Milliarden. Das sind Peanuts. Ein für jeden Einzelnen von uns unvorstellbarer Betrag, aber bei einem Sozialprodukt von 16.000 Milliarden sind das schlicht und ergreifend Peanuts. Und was im Großen für Europa gilt, gilt auch für uns im Kleinen. Und dass man es anders machen kann, kann man in Deutschland, noch mehr in der Schweiz oder in Schweden sehen. Dementsprechend ist auch die Performance besser. Und bei diesen Themen kann man sich nicht einfach auf die Lobbyisten, die ihre Interessen halt versuchen unterzubringen, ausreden.

Karl zu Schwarzenberg: Ich muss doch die Griechen etwas verteidigen. Es ist richtig, dass sie überhöhte Verteidigungsausgaben haben. Allerdings, wenn ich mir die Politik ihres großen Nachbarn ansehe und die Erklärungen der (*unverständlich*) Politik, die der jetzige türkische Präsident und Ministerpräsident von sich geben, dann verstehe ich, dass ein Nachbar gewisse Ängste hat. Und gar

kein Zweifel ist, dass ja viele griechische Inseln von der Türkei direkt bedroht werden. Also ich meine, die griechische Angst ist ja nicht ohne einen gewissen Grund. Nicht, dass ich deren wahnsinnige Finanzpolitik verteidigen will, aber die Ängste verstehe ich.

Dr. Hannes Androsch: Aber dann haben die Griechen keinen Glauben in die NATO. Weil die Rüstungsausgaben werden ihnen gegen den großen Nachbarn nicht helfen, wenn ihnen nicht jemand helfen wird. Das ist die NATO, so wie das seit '45 in ganz Westeuropa der Fall war.

Karl zu Schwarzenberg: (*unverständlich*) weil sowohl die Türkei wie Griechenland NATO-Mitglied ist. Infolgedessen ist da die NATO nicht zuständig, sondern die wird lautstarke Erklärungen abgeben, welchen bedauerlichen Konflikt es gibt, aber wird dort nichts machen.

Peter Huemer: Jetzt habe ich noch eine Frage, ehe wir ins allgemeine Gespräch gehen, und zwar: Ich glaube, wir sind uns einig, dass das, was wir als Flüchtlingspolitik bezeichnen, in Wirklichkeit Menschenrechtspolitik ist. Nun gehört die Frage der Menschenrechte zu einer der zentralen Grundvoraussetzungen für das Selbstverständnis der Europäischen Union. Und da packt einen als Beobachter dann wieder diese unglaubliche Ungeduld. Im Augenblick ist die EU nicht in der Lage, sich auf eine Quotenregelung zu einigen, obwohl wir wissen, Italien steht an der Kippe, die können kippen jederzeit durch diesen Flüchtlingsdruck, den sie haben. Und dass eine Quotenregelung das einzig Mögliche als erster Schritt in Europa ist, das ist für jedermann klar. Nicht einmal darauf ist eine Einigung möglich. Das hängt natürlich wieder mit den nationalen Regierungen auch zusammen.

Anton Pelinka: Österreich ist nur deswegen für eine Quotenregelung, weil es damit Flüchtlinge los wird.

Peter Huemer: Richtig. Und auf der anderen Seite setzt man jetzt auf eine Art Kanonenbrotspolitik, die gerade beschlossen werden soll. Also die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in ihrer Menschenrechtspolitik – und das ist ein zentraler Punkt im Selbstverständnis – hängt mit dieser Frage dessen, was jetzt in den Zeitungen allgemein Flüchtlingspolitik heißt, meine ich, zentral zusammen. Haben wir da einen Konsens?

Anton Pelinka: Ja, es ist ein globales Problem. Die Nachrichten aus der Gegend Südostasiens, wo islamisch geprägte Länder wie Malaysia und Indonesien islamische Flüchtlinge, die von einer Repression in Myanmar flüchten, nicht aufnehmen, sondern übers Meer zurückschicken, zeigt, dass wir das kritisch sehen müssen, aber nicht als rein europäisches Verhalten sehen müssen. Und ich weiß nichts von Flüchtlingsbewegungen in Richtung Arabische Halbinsel. Also wenn wir ungefähr annehmen, dass 50 Prozent der nach Europa strömenden Flüchtlinge Muslime sind, dann fällt mir die Abwesenheit der wohlhabenden arabischen Staaten auf. Das heißt, warum Europa und nicht Saudi-Arabien?

Peter Huemer: Aber ich weiß ganz genau, warum wir nicht nach Saudi-Arabien flüchten wollen und warum niemand dorthin flüchten will.

Anton Pelinka: Ja, und können wir das nicht einmal thematisieren? Das heißt, man kann doch daraus schließen, dass Europa ungeheuer attraktiv ist. Europa ist attraktiv, und da gibt's Gründe dafür. Darauf sollte man ja stolz sein, aber eben die Logik, dass man die Zuständigkeit auf die EU-Ebene hebt und nicht darauf wartet, dass sich 28 in nationalem Kalkül gefangene Regierungsvertreter einigen, die muss gebrochen werden. Das Problem ist, dass sich die 28 darauf einigen müssen, dass sie sich nicht mehr als Entscheidungsträger etabliert haben.

Und es gibt ein Beispiel. Vor der Wahl des Europäischen Parlaments 2009 hat es eine Abstimmung gegeben im Europäischen Parlament über die Vergemeinschaftung des Asylrechtes. Die Mehrheit war dafür. Wie haben die österreichischen Abgeordneten abgestimmt? Ich spreche nur von den Sozialdemokraten und ÖVP-Abgeordneten, wie die Freiheitlichen abgestimmt haben, das wissen wir eh, die Grünen anders, wissen wir auch. Aber von den ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten ihrer Fraktion hat die dafür gestimmt, die nicht mehr auf wählbarer Stellung der Liste waren. Weil die Botschaft in der Koalitionsregierung war, wir wollen das nicht. Und diejenigen, die in Abhängigkeit von ÖVP oder SPÖ waren und davon noch was gehabt haben, nämlich ein sicheres Mandat im neu gewählten Europäischen Parlament, sind der österreichischen Regierungslinie gefolgt. Und nur diejenigen, die gewusst haben, ich bin nächstes Jahr nicht mehr im Europäischen Parlament, haben in dem Sinn (*unverständlich*) man kann da alles Mögliche bemühen – dafür gestimmt. Also es ist das nationale egoistische Interesse, das jetzt nicht Egoismus in einem persönlichen Sinn ist, sondern Egoismus – die schauen eben, wie ist die Meinung im Bezirk Oberpullendorf im Burgenland.

Dr. Hannes Androsch: Was wünschenswert wäre – dass man fairerweise sozusagen in einer Art Verteilungsgerechtigkeit Quoten vereinbart, ist damit noch nichts gesagt über die Bemessungsgrundlage der Quoten. Welche Mengen sind wir fähig zu absorbieren? Und in Wahrheit unterhalten wir uns über Symptome, und wir kommen mit denen nicht zurande, ohne an die Ursache zu denken. Das Potenzial der Flüchtlinge – selbst wenn man die Boote vernichtet, gibt's bekanntlich noch einen Landweg – wird damit nicht wirklich gestoppt werden, wenn es nicht gelingt, die politischen und sozioökonomischen Verhältnisse vor Ort ursächlich zu lösen, dass es gar nicht mehr so attraktiv ist, sich diese Tortur anzutun und dieses Risiko – und das ist offensichtlich – einzugehen.

Und dort liegt meines Erachtens das Versäumnis und dann sind wir wieder dort, was ich mir erlaubt habe, eingangs zu sagen: Das ist den Amerikanern wurscht, die haben ihre mexikanischen Flüchtlinge und die Chinesen haben andere Probleme, wie wir wissen, und woanders gibt's noch einmal andere Probleme. Das ist unsere Nachbarschaft und mit diesen Problemen sind wir massiv konfrontiert und hilflos, damit umzugehen.

Karl zu Schwarzenberg: Weil hier Saudi-Arabien vorgeschlagen wurde: Wir dürfen nicht vergessen, dass es durch Jahrhunderte eine Migration aus Afrika nach Saudi-Arabien gegeben hat. Sie war nach marktwirtschaftlichem Prinzip organisiert und wurde dann von der bösartigen Kolonialmacht Großbritannien unterdrückt und wurde dann gemeinhin Sklavenhandel genannt. Aber das hat dann funktioniert.

Anton Pelinka: Nein, ich habe keine Hoffnung, dass Saudi-Arabien seine Migrationspolitik ändert, aber wir sollten, wenn wir das Migrationsthema diskutieren, auf gewisse Ungleichgewichte in der Analyse nicht vergessen.

Dr. Hannes Androsch: Ja aber, Anton, dann sollten die natürlich in ihrem Reichtum beitragen, dass es wurzelbezogen gelöst wird und nicht, dass wir konfrontiert sind – was weiß ich – Zeltstädte, Traiskirchen und anderswo, noch mehr die Italiener, dass wir versuchen, das symptomatisch zu lösen und so auch nicht lösen können und uns in der EU nicht auf eine faire Quote einigen können.

Karl zu Schwarzenberg: Darf ich eine Frage stellen: Welche europäischen Staaten oder Industrieverbände sind heute bereit, arbeitsintensive Industrie nach Afrika oder in den Nahen Osten zu verlegen, damit dort die Leute die Arbeit finden? Das ist für mich die einzige wirkliche Lösung, wenn diese Industrien von uns nach Ägypten oder Algerien oder wo immer verlegt werden oder nach Schwarzafrika. Solange wir palliative Mittel verwenden, wird das nicht helfen. Wir müssen die Industrie irgendwie dort an die Arbeiter bringen. Aber versuchen Sie, einen solchen Betrieb von Österreich oder von Tschechien oder von Frankreich nach Schwarzafrika zu übersiedeln – den Aufstand möchte ich hören. Verstehen Sie, das ist es. Wir beklagen uns aber sind nicht willens, wirklich etwas dafür zu machen.

Dr. Hannes Androsch: Weil die Voraussetzungen dafür fehlen. Ich meine, man geht ja nicht als China als Investor, weil das eine Demokratie nach Westminster-Vorbild ist, und man geht nicht nach Indien, weil das so ein bürokratiefreies, geordnetes Land ist, ganz im Gegenteil. Und dennoch gibt es dort Voraussetzungen, die man im arabischen Raum – schlicht und ergreifend in den Männerstaaten – vorerst nicht findet, ausgenommen in der Türkei.

Anton Pelinka: Südafrika hat interessante –

Dr. Hannes Androsch: (*unverständlich*) kommen auch die Flüchtlinge, er hat schon Recht.

Anton Pelinka: Nein, die kommen nicht von dort.

Dr. Hannes Androsch: Nein, eben.

Anton Pelinka: (*unverständlich*) einen Korb geben und ganz Afrika –

Dr. Hannes Androsch: (*unverständlich*)

Anton Pelinka: Jaja. Dann gibt's in Eritrea, das kein wirtschaftliches Problem hat, sondern eine Diktatur, die verfolgt. Und dann gibt's Nigeria, ein Riese (*unverständlich*) wie die Europäische Union, also ein ungeheures ökonomisches Potenzial, aber man ist nicht in der Lage, das entsprechend politisch zu verwerten im Sinne, dass es eine Demokratie – also mein Argument ist nur: Afrika ist nicht Afrika.

Jetzt würde mich ein bisschen interessieren, wie diese Strategien inhaltlich beschaffen sind. Welche Argumente gegen die Europäische Union sind es, die gewissermaßen dann Anlass dazu geben zu sagen, da gibt's irgendwie eine Allianz, auch wenn sie nicht formell besteht, aber irgendwie argumentativ.

Anton Pelinka: Der Begriff „unheilige Allianz“ ist natürlich in dem Sinn stark PR-orientiert. Die heilige Allianz – auch ein 15er, Jahrestag Erinnerung Wiener Kongress. Aber es gibt – und darauf hat ja auch Karl Schwarzenberg verwiesen – Anzeichen, dass die nicht abgesprochene Allianz punktuell schon abgesprochen ist, Stichwort Marine Le Pen lobt Syriza, Marine Le Pen geht nach Moskau und lässt sich bezahlen dafür. Das heißt, es gibt schon Anzeichen, dass die verbale Feindschaft zusätzlich Links- und Rechtsextremen, die es ja noch immer gibt, langsam dazu führt, dass aus einer ungeschriebenen Übereinstimmung strategischer Art langsam auch eine – wenn auch noch immer ungeschriebene – Absprache wird. Und das sehe ich kommen. Ich bin allerdings nicht ganz so pessimistisch – also ich sehe das auch, was sich in Ost- und Mitteleuropa abspielt. Aber die Westbalkanstaaten wollen die EU. Und wenn die EU so schlecht dasteht, wie manche tun – warum will Serbien mit vielen Problemen und Auflagen, und es kann nicht von heute auf morgen geschehen, das wissen wir – warum will Albanien in die EU? Da muss doch was Attraktives dahinter sein.

Karl zu Schwarzenberg: Sie sprechen immer von der Marine Le Pen. Ist die Pilgerschaft von Strache, Gudenus und Kollegen nach Moskau rein aus Idealismus und Altruismus oder was sonst?

Peter Huemer: Das ist das Absurde, worauf Herr Schwarzenberg vorhin schon hingewiesen hat, dass offensichtlich – was diese Allianz betrifft – mittlerweile mehr dran ist, als es ursprünglich schien, und dass der Transmissionsriemen in dem Fall einen Namen hat, nämlich Putin. Und über Moskau kommen die Rechtsradikalen und die Linksradikalen tatsächlich zusammen, und das könnte – was jetzt noch ein bisschen utopisch klingt, aber im Ansatz ist da möglicherweise etwas im Entstehen, was wirklich eine absolut antidemokratische Achse ist.

Anton Pelinka: Eine destruktive Achse. Sie haben auch ein gemeinsames Feindbild, zwei sogar: Antiamerikanismus und im Hintergrund – mehr oder weniger ausgesprochen – Antisemitismus.

Ich würde gerne wagen, an einer Stelle Widerspruch einzulegen, und zwar: Es fehlen mir ein paar Schritte in Ihrer hochkarätigen Diskussion, die ich aber gern ein wenig vom Kopf auf die Füße wieder stellen würde, denn das Buch handelt ja doch im Wesentlichen erstmal von der Allianz von Linksextremisten und Rechtsextremisten. Herr Androsch, Sie haben gesagt, die Europäische Union hat es versäumt, die Menschen gegen rechte Extreme und vor allem linke Extreme zu immunisieren. Abgesehen davon, dass ich glaube, dass das grundsätzlich sehr schwer ist: Der Denkfehler oder der Schritt zu viel, der mir in der Diskussion stattgefunden hat, ist, dass sofort die Begründung für den Anstieg an Interesse für die Linksextremen und die Rechtsextremen und deren so wachsende Stärke nur in der EU gesucht wird, als wäre sozusagen die mangelnde Bildungsfähigkeit oder die mangelnde Politikfähigkeit oder das fehlende Narrativ der Europäischen Union die Begründung dafür. Ich behaupte, wir müssen einen Schritt zurück machen. Die wirkliche Begründung dafür, dass die Rechtsextremen zurzeit überall zulegen, liegt doch vor allem in einem Kalkül nationaler Bewegungen,

die ganz gewisse Strömungen ausnutzen, um damit ihr eigenes Politikprojekt zu befördern – Stichwort Orbán in Ungarn beispielsweise. Ich glaube nicht, dass (unverständlich) im Wesentlichen sui generis ein antieuropäisches Projekt so wie Ungarn mittlerweile mit fast 30 Prozent Zustimmung ganz großartig finden, sondern das ist sozusagen eine gewachsene Geschichte gewesen, die unter anderem mit Beförderung eines politischen Projekts in der rechtskonservativen Seite befördert wurde. Das Gleiche gilt beispielsweise für eine nicht gerade extreme, aber rechtskonservative Strömung in Deutschland. Die AfD war am Anfang mal gegen Europa. Die ist aber dann wiederum gekapert worden von Tegida und Tegida-Strömungen. Da geht es im Wesentlichen nicht mehr um Europa – was ja auch der derzeitige Überlebensstreit in der AfD beweist – sondern da geht es um rechtsradikale, um ausländergefeindliche Strömungen, die ihre ganz eigene Rechtfertigung haben müssen. Das Gleiche gilt sicher auch für Teile der FPÖ, die nicht im Wesentlichen so stark ist, glaube ich, weil sie als Österreicher antieuropäisch sind, sondern das hat nationale politische Gründe. Will sagen: Wir müssen doch erstmal darauf schauen, wie wird das befördert, wo kommt das her und was können nationale Politiker in den einzelnen Regionen dagegen tun, dass etwas, was dann von Putin und Moskau – dieser Aspekt kam am Anfang und zum Schluss, aber sonst relativ kurz – ganz massiv mit Geld und politischen Interessen befördert wird – wie das sozusagen eingedämmt werden kann. Und wenn wir oben bei der EU anfangen, dann kommen wir, glaube ich, nicht weit, weil das ist mir viel zu (unverständlich)

Dr. Hannes Androsch: Das meinte ich ja. Wir haben auf nationaler Ebene riesige Versäumnisse und dann Vakua entstehen lassen, die sich – meine Adresse war nicht Brüssel. Vor unserem Beitritt war es am Anfang im Run-up zum Referendum gar nicht so klar, wie das ausging. Da war der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Vranitzky sehr besorgt, dann hat sich eine Vielzahl von engagierten Citoyens ins Getümmel geworfen und wir haben eine Zweidrittelmehrheit nur knapp verfehlt. Aber danach hat man nichts mehr gemacht, sondern ganz im Gegenteil dieses populistische Spiel selber gespielt. Und da sind die Extremisten immer noch der Schmied und nicht der Schmiedli.

Anton Pelinka: Orbán ist ein Beispiel, der versucht, Lobbying an den Rand zu drängen, weil er Lobbying übernimmt. Und Ähnliches hat man unter Sarkozy gesehen, der als Präsident eigentlich massiv gegen die Freiheiten des Binnenmarktes und die Freiheiten des Schengen-Vertrages angerannt ist – Stichwort Roma und Familien. Damit hat er den Front National versucht zu inhalieren. Diese Übernahme extremer Positionen durch Parteien der Mitte – in Ungarn, dass die das (unverständlich) der Europäischen Volkspartei ist, erstaunt mich noch, aber ich vermute, es wird bald an die Grenze gehen. Ich habe den Merkel-Besuch im Jänner dieses Jahres verfolgt in Budapest. Und Merkel hat bei der Pressekonferenz – was wirklich unüblich ist bei solchen diplomatischen Ereignissen – massiv Orbán kritisiert. Sie hat gesagt, sie kann sich keine Demokratie vorstellen, die liberal ist, nachdem Orbán in seiner Rede die liberale Demokratie massiv kritisiert hat. Also das war schon erstaunlich, wie weit schon die Verärgerung – ich meine, den Orbán zurechtrufen, das muss von der EVP geschehen. Ich weiß nicht, was der ÖVP-Vizekanzler tut, wenn er mit Orbán zusammentrifft, ob er auch so deutliche Worte wie die deutsche Bundeskanzlerin findet. Ich habe die Merkel toll gefunden.

Aber ganz kurz – Entschuldigung. Heute gab es im Europäischen Parlament eine Diskussion, weil es eine Resolution geben sollte gegen die Todesstrafe-Debatte und gegen die Flüchtlingsrhetorik von Orbán. Die ist von der EVP und von der Sozialdemokratie kassiert worden (unverständlich)

Anton Pelinka: Das ist wirklich beschämend. Ich wusste das nicht, aber es ist beschämend. Dass die EVP und die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament eine Debatte über die Todesstrafe-Diskussion, die von Orbán ausgelöst ist, verhindert.

Nein, die Debatte wird stattfinden, aber die Resolution wird nicht beschlossen.

Karl zu Schwarzenberg: Ich bitte, hier keine allzu großen Hoffnungen zu setzen. Durch die absolute Mehrheit, die Premier Viktor Orbán in Ungarn hat, hat er eine relativ hohe Anzahl von Europa-Abgeordneten. Und die garantiert eine Mehrheit der EVP im EU-Parlament. Bitte das in die Rechnung einzubeziehen.

Ich möchte auf Griechenland zurückgehen und ich muss sagen, als normaler Bürger bekommt man sehr schwer einen Kredit. Also wie kam es dazu – weil du das erwähnt hast – dass sie so viel Kredit überhaupt bekommen haben, obwohl sie nicht kreditwürdig waren. Und überhaupt glaube ich und fürchte ich, die ganze EU ist leider von den Politischen nur auf das Kommerzielle und nur – ursprünglich auch so gegründet – auf wirtschaftlichen Erfolg, aber das Politische war immer – nein, ursprünglich war es schon – ja, als Friedensprojekt, aber die EG war eine wirtschaftliche Zusammen- ... Okay. aber ich glaube nur – und das Beunruhigende ist es, dass man das ja in ganz Europa sieht, dass der Schuldenberg wächst und wächst und immer neue Schulden. Es muss also zwangsläufig zu einem Zusammenbruch kommen.

Dr. Hannes Androsch: Und leider Konsum- und nicht Investitionsschulden. Es ist zu hoch, aber noch schlimmer als die Höhe ist die Qualität, nämlich die ist so schlecht.

(unverständlich)

Peter Huemer: Da würde mich deine Meinung interessieren. Es war in den 50er-Jahren *(unverständlich)* nicht anders möglich, als 1951/52 und 1957 mit den Römischen Verträgen den Ansatz einer europäischen Einigung auf ökonomischer Basis zu machen. Das war ja überhaupt nicht anders denkbar und das war absolut großartig, dass das gelungen ist. Gleichzeitig erhebt sich natürlich irgendwann die Frage: War das auch ein Geburtsfehler?

Anton Pelinka: Also die Frage ist, wessen Intentionen man jetzt in der Geburtsstunde beobachtet. Jean Monnet war klar, die Ökonomie ist der Transmissionsriemen für die politische Einigung. Und geprägt von den Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg: Wir dürfen Deutschland nicht isolieren, wir müssen Deutschland umarmen, in unserem eigenen Interesse. Und so ist entstanden aus der Gemeinschaft für Kohle und Stahl und dann der Wirtschaftsgemeinschaft ein Interesse in Deutschland am Wohlergehen Frankreichs und ein Interesse Frankreichs am Wohlergehen Deutschlands. Die

deutsche Autoindustrie hat gewusst, wenn Frankreich in der Lage ist, Volkswagen en masse zu kaufen, ist das gut für Deutschland. Aber da muss Frankreich wohlhabend sein. Das heißt, das ökonomische Interesse sollte etwas politisch in Bewegung bringen, und das ist ja auch teilweise geschehen. Sicherlich haben die Europäische Kommission und das Europäische Parlament heute mehr Kompetenzen, als sie gehabt haben vor 40, 50 Jahren. Aber vor allem ist ja geschehen, dass die Feindbilder zusammenbrechen – in Westeuropa. Sie sind lebendig in Ost- und Mitteleuropa, und das ist etwas Gefährliches. Also wer fürchtet sich heute in Deutschland vor Frankreich, wer fürchtet sich in Frankreich vor Deutschland, wer fürchtet sich in Italien vor Österreich? Das ist vorbei. Natürlich gibt es noch Klischees und Stereotypen und das ist oft sehr primitiv, aber insgesamt gibt es durch die Verweigerung traditioneller Feindbilder – man muss wirklich nur einmal lesen, wie die Franzosen bei Karl May vorkommen. Alle sind sie feig und alle sind sie heimtückisch, und die Deutschen sind selbstverständlich berechtigt, die Franzosen (*unverständlich*) zu hauen. Bei Jules Vernes sind es die Deutschen – also das ist alles über die Populärliteratur vor dem Ersten Weltkrieg. Das würde heute nicht mehr auch nur möglich sein, weil niemand das kaufen würde und niemand das ernst nehmen würde. Da ist viel passiert.

Wenn man davon ausgeht, dass Europa demokratisch ist, dann müsste ein Europa Linksextreme und Rechtsextreme aushalten. Ich muss sagen, das verstehe ich nicht, dass man da eine Gruppe ausschaltet, weil sie am Rande ist, wobei dieser Rand meiner Meinung nach auch nie definiert ist. (unverständlich) und der ist dort. Man könnte natürlich sagen (unverständlich) was man, glaube ich, den Parteien grundsätzlich einmal auch nicht absprechen sollte. Man muss mit denen leben. Und dann kann man sagen, es ist die Wirtschaft, die so wichtig ist. Da ist meiner Meinung nach (unverständlich) es ist gleichgültig, wer – ob das jetzt der Rat ist oder die Kommission oder das Parlament – große Mängel hat. Sie schaffen gewisse Themen überhaupt nicht. Dann könnte man sagen, naja, man muss (unverständlich) Aber ob da eigentlich die EU wieder global zusammengefasst wäre – sie machen nichts mit den Flüchtlingen, sie machen auch nichts – weil das erwähnt wurde – in Bezug auf Abtreibungen oder Familie. Da wird einfach drübergefahren, das sind keine Menschen. Und das sind europäische Werte. Also ich rege mich nicht auf über Linksextreme oder Rechtsextreme, sondern die sollen mitwirken an einem Europa, denn das (unverständlich)

Anton Pelinka: Sie sind im Buch klar definiert, im Umweg über die Fraktionsbilder im Europäischen Parlament ist es klar definiert. Das heißt ja nicht, dass es nicht auch Grauzonen gibt zwischen (*unverständlich*) Zweitens: Ich will sie nicht ausschließen. Es geht ja nicht ums Ausschließen, sondern um das Aufzeigen von Gefahren für den Prozess der europäischen Einigung. Es gibt allerdings den Denkansatz im deutschen Grundgesetz über die wehrhafte Demokratie. Da gibt es bezogen auf Deutschland Ausschlussmöglichkeiten. In Bezug auf Österreich gibt es für die NSDAP Ausschlussmöglichkeiten. Es kann nicht sein, dass jemand in Österreich eine Partei gründet, die sich NSDAP nennt. Das ändert überhaupt nichts – und deswegen bin ich ja skeptisch, ob man das an sich sehr erfolgreiche deutsche Modell einfach übernehmen kann angesichts dessen, welche Größe diese Parteien haben. Und immerhin war ja die französische kommunistische Partei lange Zeit die größte Partei der französischen Republik. Also das deutsche Modell ist das deutsche Modell. Aber

grundsätzlich stimme ich Ihnen ja zu (*unverständlich*) Die Frage ist nur: Können wir hoffen, dass sie sich konstruktiv an Europa beteiligen? Und da bin ich sehr skeptisch.

Das kann man von der ÖVP und der SPÖ auch bezweifeln.

Anton Pelinka: Man kann alles bezweifeln, aber ich sehe halt, dass die SPÖ und die ÖVP Österreich in die EU hineingeführt haben durch eine erstaunliche Kraftanstrengung einer Koalitionsregierung. Und das war ein Beitrag zur Europäisierung Österreichs und das war ein konstruktiver Beitrag.

Ich wollte noch ein bisschen eingehen, warum sich Links- und Rechtsextreme vor allem auch im EU-Bereich bilden. Der Diskussionsleiter hat gesagt, die Möglichkeit, sich gegen Globalisierung zu wehren, wäre ein europäischer Wohlfahrtsstaat. Ich finde das problematisch. Wir kennen die Geschichte, wenn man jetzt über Schweden, Finnland und Österreich den Weg zur EU analysiert. Und die Schweden haben deswegen sich ja um die EU-Mitgliedschaft beworben, weil dort die Wirtschaft zusammengebrochen ist. Drei Jahre negatives Wirtschaftswachstum Anfang der 1990er-Jahre, also der Wohlfahrtsstaat musste zurückgefahren werden. Also aufpassen, hier Dinge zu versprechen, die nicht einzuhalten sind. Und außerdem ist es sinnvoller quasi – und in den USA spricht man ja davon, dass die Staaten dort die Laboratorien für Politik sind. Das heißt, dass die einzelnen Mitgliedstaaten in der EU die Möglichkeit haben, hier ihre eigenen Systeme von Wohlfahrtsstaat und was immer aufzubauen und das nicht von Brüssel aus geregelt wird.

Das bringt mich zur zweiten Frage, wo sozusagen die Kritik an der EU links und rechts manchmal zu Recht ist. Der Zentralismus – ich habe da jetzt verglichen die Umweltpolitik in den USA und in Europa, die EU als föderales System – nicht föderaler Staat, aber föderales System. In den USA ist das zum Teil weniger zentralistisch organisiert als die EU. Also deswegen muss man sehr aufpassen. Brüssel versteht manchmal nicht – das wurde schon in der Einleitung gesagt – was in den einzelnen Mitgliedstaaten Sache ist, und dadurch kommt hier auch Kritik zu Recht.

Und das Dritte, was mich stört, ist: Regeln einhalten. Das passiert in der EU zum Teil, aber zum Teil leider nicht. Also die ganze Geschichte mit den Asylwerbern in Österreich – bitte, das ist absurd. Österreich ist keine Außengrenze zur EU, das heißt, Österreich – wenn es nach den Dublin III-Regeln geht – dürfte ja überhaupt keine Asylwerber haben, außer sie kommen per Flugzeug nach Österreich. Also hier werden Regeln nicht eingehalten und dadurch natürlich die Skepsis gegenüber der EU geschürt. Oder Griechenland – das ist ja absurd, was da passiert. Da werden die Regeln überhaupt nicht eingehalten. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union steht „no bail-out“. Die Europäer dürfen seit 2010 nur Bail-outs machen in Griechenland. Und solche Dinge. Also da muss man aufpassen, erstens den Zentralismus anschauen, ob das alles von Brüssel aus geregelt werden muss, zweitens eben schauen, ob die Regeln, die sich die EU gibt, auch dann wirklich eingehalten werden.

*Und noch ein Aspekt für Österreich: Wir sagen, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, aber wir bestehen auf der Neutralität. Neutralität kann es in der EU – das ist ja absurd (*unverständlich*) Ich wollte nur sagen, das sind die Probleme, die es gibt bezüglich der EU, warum es auch extreme Positionen gibt gegen die EU.*

Peter Huemer: Ich meine, was Sie da wörtlich vorhin gesagt haben, kommt klar zu dem schlüssigen Ergebnis, dass die Dublin-Regelung eine völlige Idiotie ist. Weil dann würde alles in Südeuropa landen und natürlich halten diese Staaten das nicht aus. Daher soll man die Dublin-Regelung ändern.

Aber solange sie gelten, sollen sie eingehalten werden!

Anton Pelinka: Also mit der Neutralität bin ich völlig einverstanden. Das ist ein Glaubenssatz. Es gibt in Österreich eine Mehrheit, die glaubt, wir sind neutral, die glaubt, dass das was Gutes ist. Aber niemand kann genau definieren, was das ist eigentlich, Neutralität. Das heißt, das ist eigentlich eine Ideologie im Sinne Glaubenssatz statt Wissenssatz. Und solange das so ist, traue ich keiner österreichischen Partei zu, dagegen anzukämpfen. Das ist absurd. Heute ist die Freiheitliche Partei Österreichs der Gralshüter der Neutralität. Ihre Vorgängerpartei, der VdU, hat 1955 gegen das Neutralitätsgesetz unterschrieben. Aber das ist eine Politik der Gefühle und keine Politik der Vernunft.

(unverständlich)

Karl zu Schwarzenberg: Da habe ich doch meine Einwendungen als Beobachter von außen, das ist nur eine interne Politik der Gefühle. Wir dürfen nicht vergessen die hervorragenden Handelsbeziehungen mit Russland, Putins Besuch in Wien, die hervorragenden Beziehungen zum Iran *(unverständlich)* Wiener Brückenkopf in ganz Europa *(unverständlich)* Das ist auch ein Aspekt der Neutralitätspolitik, den ich nicht in den Gefühlssektor, sondern doch eher in den Businesssektor eingliedern möchte.

Peter Huemer: Ich habe noch drei Wortmeldungen jetzt, und dann werden wir unser Gespräch schließen.

(unverständlich) wenn ich es in einem historischen Zusammenhang sehe – ich möchte nicht Kreisky zitieren und sagen „Lernen Sie Geschichte“ – es hat immer solche Strömungen gegeben, und mit denen werden wir leben müssen. Da hat es Strömungen gegeben, die zu Radikalisierung geführt haben – da muss man was dagegen unternehmen. Aber etwas dagegen unternehmen heißt (unverständlich) Es hat immer Völkerwanderungsbewegungen gegeben, die (unverständlich) Europa hat nachher anders ausgeschaut. Das ist Wohlstand, und da bin ich bei Dr. Androsch: Den Wohlstand muss man in der Region schaffen. Ich glaube, wir müssen die Dinge, so wie sie sind, im historischen Kontext sehen. Was waren denn die Kreuzzüge? Ich will jetzt nichts Böses sagen, aber das waren Wirtschaftskriege (unverständlich) das Heilige Land war eben reich und Europa war damals nicht reich. Man muss das im historischen Kontext sehen. (unverständlich) Das Einzige, was ich gegen Extremismus habe – die Menschen, die als (unverständlich) nach Europa kommen: Ja, wo sollen sie denn sonst hingehen? (unverständlich) Saudi-Arabien würde ich niemand empfehlen als Asylland. (unverständlich)

Obwohl die Diskussion jetzt schon eine Zeit währt, fehlt mir die Auseinandersetzung mit einem Bereich, der für mich zu den Faktoren zählt, die die europäische Einigung bedrohen, und zwar ist das

die aktuelle Entwicklung in Großbritannien. (unverständlich) mehr eine Frage als ein positiver Beitrag. Mir scheint die aktuelle innenpolitische Entwicklung in Großbritannien auch ein Plebiszit gegen die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU zu sein. Und das halte ich für brandgefährlich. Ich halte es für brandgefährlich, dass die Auseinandersetzung mit den schottischen Nationalisten zur Frage der Mitgliedschaft, Großbritannien als integrales Mitglied der europäischen Einigung (unverständlich) Ich weise jetzt auf eine Frage hin, die noch nicht abgehandelt wurde.

(unverständlich) Ein gewisser Herr Adolph Schwarzenberg hat 1933 für 999 Jahre ein riesiges Grundstück in Kenia gemietet. Da kamen mit ihm tschechische Architekten, Soziologen, Psychologen, sie haben eine Verbesserung der Schulbildung und des Gesundheitssystems in Kenia erreicht. Das wollte ich nur sagen (unverständlich)

Karl zu Schwarzenberg: 999 Jahre mieten ist illusorisch (unverständlich) verkauft worden und ist heute eine öffentliche Institution, die Mpala Farm in Kenia. Also 999 Jahre mieten ist für gewöhnlich etwas zu hoch gegriffen.

(unverständlich)

Peter Huemer: Zur Englandfrage darf ich auch hinzufügen: Wie wir wissen, war die englische Politik – jedenfalls von Napoleon bis Hitler – immer ein ganz wichtiges Korrektiv für den Kontinent. Daher die Frage: Was heißt es, wenn England in dem Zusammenhang verlorengeht? Auf der anderen Seite erinnere ich mich an ein Gespräch mit Caspar Einem, der erzählt hat, als sie den Verfassungsvertrag verhandelt haben, sind etliche Abgeordnete in der Pause beisammengestanden und haben gesagt: Wir sollten § 1 machen: Inseln können nicht Mitglied sein. – Das heißt, es gibt schon auch eine absolut simple Begründung, warum die englische Politik der EU wirklich auf die Nerven geht (unverständlich) Ich weiß nicht – politisch können wir's uns vorstellen, aber was ökonomisch ein Ausstieg von England aus der EU bedeuten würde. Also als Historiker, muss ich sagen, würde ich es als Katastrophe betrachten. Darüber hinaus kann ich es nicht sagen.

Dr. Hannes Androsch: Es ist nicht wünschenswert aus vielen Gründen. Dr. Steinbach, der kürzlich den Wiener Kongress publiziert hat, würde sagen, man braucht sie schon aus Gründen der Balance, weil ohne Großbritannien würde das Gewicht Deutschlands (unverständlich) relativ zunehmen. Allerdings, wenn es früher hieß, „fog over the channel, the continent is isolated“, gilt das nicht mehr. Ich habe einmal einem meiner Amtskollegen in den 70er-Jahren später, nachher – er ist jetzt Lord geworden – die Frage gestellt, warum sie denn eigentlich '57 da in Rom nicht mitgetan haben. Hat er lachend gesagt: Also schau, erstens einmal, weil wir geglaubt haben, das wird nichts – und wären wir beigetreten, wär's auch nichts geworden.

Karl zu Schwarzenberg: Ich würde sagen, es wäre eine Katastrophe, wenn Großbritannien ausscheiden würde. Es würde das Gewicht des übrigen Europas wie das Großbritanniens senken, gar kein Zweifel, und würde wirtschaftlich nachteilig für beide. Und ich würde auch sagen, angesichts unserer kontinentalen Tendenz, die Politik ausschließlich Beamten und Autorität zu überlassen, ist der

englische Geist in Europa notwendig, weil eigentlich das der liberale Geist in Europa ist. Ob (*unverständlich*) ist völlig uninteressant. Der wirklich liberale Geist in Europa ist England, und ohne den würde ich wahrscheinlich nach meiner alten (*unverständlich*) ein Europa erleben mit französischem Zentralismus, aber leider mit deutscher Gründlichkeit (*unverständlich*)

Anton Pelinka: Ich würde den Austritt Großbritanniens sehr bedauern, weil die Westminster-Demokratie auf dem europäischen Kontinent ja nur teilweise umgesetzt wurde. Hier gibt's ja auch aus der französischen Tradition kommend die Tradition der starken Exekutive. Und insofern ist die Westminster-Demokratie als Demokratiemodell fast unverzichtbar.

Eine Bemerkung noch – das hat's immer schon gegeben. Naja, das hat ja auch zu 1939 geführt, nicht? Also insofern ist es ja gerade weil es das immer schon gegeben hat – das ist die Bedrohlichkeit. Wir wissen, was daraus werden kann. Und Europa hat aus der Geschichte gelernt.

Karl zu Schwarzenberg: Nein!

Anton Pelinka: Ja! Robert Schuman hat gelernt. Und die Europäische Union ist ein Produkt des historischen Lernens. Keynes hat die Friedensverträge von 1919 massiv kritisiert und nach 1945 hat man es eben anders gemacht. Was denn ist denn Lernen aus der Geschichte?

Karl zu Schwarzenberg: (*unverständlich*) ist heute bekanntermaßen nicht abgeschafft, dennoch hat man das Problem gelöst.

Anton Pelinka: Ja, es gibt (*unverständlich*) mit Italien, es gibt nur keinen in Deutschland, nicht?

Karl zu Schwarzenberg: In Deutschland keinen.

Anton Pelinka: Aber es gibt die 4+2-Abkommen, die gelten als Äquivalent des Friedensvertrages. Aber an sich ist Deutschland anders behandelt worden. Das ist gut so für Europa gewesen, gut für Frankreich gewesen. Und das ist Jean Monnet und Robert Schuman. Es ist ganz interessant, dass aus Frankreich eigentlich die post- und antinationalistischen (*unverständlich*) geworden sind.

Dass Europa aus der europäischen Geschichte gelernt hat, ist angesichts der Gründung der Europäischen Union zweifelsfrei. Das ist einer der ganz wenigen Fälle in der Geschichte, wo man aus der Geschichte lernen konnte. Was würdet ihr drei sagen: Ist Europa immer noch imstande, aus der Geschichte zu lernen?

Anton Pelinka: Ich möchte es nicht abstreiten. Ich möchte es nicht ausschließen und es gibt im Rahmen der funktionalistischen Integrationstheorie das „Concept of Brinkmanship“. Europa ist unfähig, strukturell zu lernen, solange es nicht vor dem Abgrund steht. Und erst, wenn es vor dem Abgrund steht, ist Europa in der Lage, sich über nationale Sonderinteressen hinwegzusetzen, sind auch die nationalen Vertreter in der Lage – aber dahinter steht der Gedanke, dass niemand das Ende dieser Union will. Sobald bewusst Regierungen das Ende wollen, dann ist die Theorie von der Brinkmanship natürlich nicht mehr passend.

Das heißt, alle politischen Kräfte, die gegen dieses Europa sind, befördern den Gedanken, dass wir wieder einmal die Chance bekommen, aus der Geschichte zu lernen.

Ich möchte schon noch auf etwas hinweisen. Die nationalen Rechten sind die nationalen Rechten, die radikalen Linken sind die radikalen Linken. Gefordert sind eigentlich die Parteien der Mitte, ihr populistisches Verhalten in dem Wechselspiel zu verändern. Das ist die einzige Möglichkeit, die ich mir vorstellen kann.

Anton Pelinka: Ein Beispiel zur Lernfähigkeit, die ich noch immer als gegeben annehme. Vor der Europaparlamentswahl 2014 haben die Fraktionen der politischen Mitte zwei Dinge beschlossen, nämlich die Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Grünen und die Liberalen: Wir stellen einen europaweiten Spitzenkandidaten auf und vereinbaren, welche Fraktion immer – das konnte nur die sozialdemokratische und nicht die EVP sein, insofern haben die Grünen und die Liberalen die Vorleistung erbracht – wir alle werden dann für den Spitzenkandidaten stimmen als Kommissionspräsidenten und lassen uns nicht mehr dominieren vom Europäischen Rat. Und das ist gelungen. Jean-Claude Juncker war nicht der Liebling der Frau Merkel, schon gar nicht des Herrn Cameron. Aber er ist es geworden, weil die europäischen Parteien im europäischen Parlament gelernt haben. Das Europäische Parlament hat immerhin dreimal schon Kommissare abgewählt. Das Europäische Parlament – das ja auch getrieben wird nicht von einem abstrakten Idealismus, sondern von Interesse – will sich stärken. Und der Wille zur Stärkung des Europäischen Parlaments ist ein Motor für die Verbesserung der Europäischen Union.

Peter Huemer: Und beenden wir mit diesem historischen Optimismus. Der Anlass für unser Gespräch ist ein sehr spannendes Buch von Anton Pelinka, „Die unheilige Allianz: Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa“ – eine umfassende Darstellung, die sich nicht nur auf den gegenwärtigen Zustand bezieht, sondern eine Vielzahl von historischen Reflexionen mit einschließt. Also ich habe dieses Buch mit großem Interesse und Spannung gelesen. Und ich hoffe, dass das Gespräch Sie ausreichend interessiert hat. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Jetzt gibt es vom Böhlau Verlag Erfrischungen. Und ich darf eine kleine Fußnote machen: Dan Diner hat 2000 ein Buch geschrieben, „Das Jahrhundert verstehen“. Da steht etwas ganz Wichtiges drinnen: Die Gründung der EWG verdankt sich auch dem Schatten des Holocaust.

Anton Pelinka: Ja. Zweiter Weltkrieg plus Holocaust sind eigentlich die Motive für die Gründung der Europäischen Union.